HAUSHALTSSICHERUNGS- KONZEPT

gem. § 1 Abs. 2 Nr. 4 KomHKVO

Haushaltssicherungskonzept 2020

I. Ausgangslage

Gem. § 110 VIII NKomVG besteht für den Fall, dass ein Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann, die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Die Forderung des Haushaltsausgleiches bezieht sich nach § 110 IV NKomVG nur auf den Ergebnishaushalt. Grundsätzlich sollen die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen und die außerordentlichen Erträge die außerordentlichen Aufwendungen decken. Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Parallel dazu bestimmt § 4 NKomVG, dass die Gemeinde dabei die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit zu beachten hat.

Die Planungen des Jahres 2020 führen zu einem voraussichtlichem Jahresfehlbetrag von - 158.500 €.

Die Jahresergebnisse bis einschließlich 2015 wurden bereits vom RPA geprüft. Die Jahre 2016 und 2017 werden derzeit geprüft und haben somit nur vorläufigen Charakter. Für das Jahr 2018 sind die meisten Buchungen bereits abgeschlossen und bei dem Jahr 2019 handelt es sich um ein hochgerechnet Ergebnis.

Jahr	Jahresergebnis	Summe
		Überschuss/Fehlbetrag
2015	-170.878,03 €	119.156,12 €
2016	60.511,56 €	179.667,68 €
2017	-217.968,15 €	-38.300,47 €
2018	42.349,38 €	4.048,91 €
2019	23.900,42 €	27.949,33 €

Das positive Jahresergebnis 2018 sowie das voraussichtlich geschätzte Jahresergebnis 2019 verbessern die Überschussrücklage. Jedoch wird diese nicht ausreichen, um den planerischen Jahresfehlbetrag aus 2020 in Höhe von -158.500 € auszugleichen.

Gem. § 110 V 1 Nr. 2 NKomVG gilt der Haushalt als ausgeglichen, wenn nach der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die vorgetragenen Fehlbeträge spätestens im zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr ausgeglichen werden können. Da dies mit dem voraussichtlichen Jahresergebnis 2022 nicht gegeben ist, ist gem. § 110 VIII NKomVG ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

II. Ursachen

Der in 2020 planerisch entstehende Fehlbetrag kommt durch mehrere Ursachen zustande. Zum einen werden in 2020 noch erhebliche Aufwendungen für die begonnenen Unterhaltungsmaßnahmen der Kindertagesstätte St. Katharina erfolgen, die mit einem Betrag von rd. 90.000 € den Großteil des Fehlbetrages ausmachen. Zum anderen kommen der Eigenanteil der Gemeinde Rieste an dem Bürgertreff sowie die Abschreibungen aufgrund der vielen investiven Maßnahmen hinzu.

Eine weitere erhebliche Ursache ist eine rückwirkende Festsetzung des Grundsteuermessbetrages von Amtswegen seitens des Finanzamtes für eine große Firma im Niedersachsenparks, wodurch die Grundsteuererträge B deutlich gesunken sind. Ferner verbleiben der Gemeinde Rieste nur geringe Erträge aus dem Niedersachsenpark aufgrund der aktuellen Vereinbarung mit der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden und der Samtgemeinde Bersenbrück.

Durch die vom Land vorgegebenen Nivillierungssätze steigen außerdem die Umlagen stetig an, was zu immer geringer werdenden Nettoerträgen bei den Realsteuern führt. Problematisch dabei ist, dass durch die immer geringer verbleibenden Erträge auch die verfassungsgemäße garantierte gemeindliche Selbstverwaltung in Gefahr ist. Ein Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben ist jedoch unabdingbar, da durch eine ausschließliche Beschränkung auf die Erfüllung gesetzlich vorgegebener bzw. staatlicher Aufgaben die gemeindliche Selbstverwaltung wegfallen würde.

III. Maßnahmen

Gesamtübersicht über die vorgesehenen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts und ihre Auswirkungen auf das Gesamtergebnis:

Maßnahme 1: Erhöhung der Grundsteuern A u. B von 380 v.H. auf 400 v.H. Umsetzungszeitpunkt: ab 2021

lfd. Nr.	Kurzbezeichnung d. Maßnahme	Buchungsstelle			Haushalts-jahr	Planjahr +1	Planjahr +2	Planjahr +3
	Erhöhung GrSt A u. B	611.10	Ergebnis 18	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023
I.	Erträge/Einzahlungen	GrSt A	68.252	69.300	74.400	79.100	79.900	80.700
		GrSt B	848.026	803.800	658.000	699.500	706.500	713.600

ohne Maßnahme des Haushaltssicherungskonzepts:

lfd. Nr.	Kurzbezeichnung d. Maßnahme	Buchungsstelle			Haushalts-jahr	Planjahr +1	Planjahr +2	Planjahr +3
	ohne Erhöhung GrSt A u. B	611.10	Ergebnis 18	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023
I.	Erträge/Einzahlungen	GrSt A	68.252	69.300	74.400	75.100	75.900	76.700
		GrSt B	848.026	803.800	658.000	664.600	671.300	678.000

Gesamtergebnis ohne die im Haushaltsplan zu veranschlagenden Haushaltssicherungsmaßnahmen:	-158.500	9.200	11.300	34.800
--	----------	-------	--------	--------

Gesamtergebnis mit den im Haushaltsplan zu veranschlagenden Haushaltssicherungsmaßnahmen:	-158.500	48.100	50.700	74.500
---	----------	--------	--------	--------

Durch eine Erhöhung der Grundsteuern A und B ab dem Haushaltsjahr 2021 von 380 v.H. auf 400 v.H. wird ein positives Jahresergebnis bis 2023 erreicht, mit dem der Fehlbetrag aus 2020 ausgeglichen werden kann.

Seitens der Gemeinde Rieste wird darauf hingewirkt, dass aus dem Niedersachsenpark künftig mehr Erträge in der Gemeinde verbleiben bzw. die Aufwendungen gesenkt werden, wodurch sich die Jahresergebnisse nochmals verbessern sollten. Präzise Beträge können jedoch nach derzeitigem Stand jedoch nicht kalkuliert werden.

Unabhängig von der in 2021 vorgesehenen Maßnahme hat die Gemeinde Rieste als Ziel weiterhin eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung n. § 110 II NKomVG zu gewährleisten aber auch ihre stetige Erfüllung ihrer Aufgaben n. § 110 I NKomVG zu sichern.